

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntag.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal exkl. Bestellgeld. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Inserate
pro viergespaltene Beilagszeile 60 Pf.;
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;
Stellenangebote 20 Pf., Beirats-
mitteilungen 20 Pf., Privat-
angelegenheiten der Betrag beizufügen.

Nr. 10.

Berlin, den 5. März 1916.

32. Jahrgang.

Rekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die mit Ende des Vorjahres voll-
gelebten Mitgliedsbücher werden von jetzt ab
nur noch dann durch neue ersetzt, wenn den
alten Büchern die Quittungsmarken bis zur
jeweils laufenden Woche lose beigelegt sind.

2. Von dem anlässlich des 25-jährigen Be-
stehens der Generalkommission herausgegebenen
Buche: **Umbreit, 25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung** haben wir allen Gau- und
Ortsverwaltungen je ein Exemplar, den ganz
großen Zahlstellen zwei Exemplare, zugeandt,
die für das Handmaterial der Gauvorstände
und für die Leihbibliotheken der Zahlstellen
bestimmt sind, weshalb die Verwaltungen sie
durch Eindruck des Gau- und Zahlstellen-
stempels als Verbands Eigentum kennzeichnen
wollen.

Sollte die Sendung irgendwo noch nicht
eingegangen sein, erjuden wir um Venach-
richtigung.

Weitere Exemplare des benannten
Buches können gegen vorherige Einfindung des
Betrages von uns bezogen werden. Der Preis
beträgt pro Stück 1,50 Mk. einschließlich Porto
für Zufendung.

3. Nachstehend aufgeführte Mitgliedsarten
bzw. -bücher sind den Inhabern **abhanden ge-
kommen**. Sie werden deshalb für ungültig
erklärt und sind bei eventuellem Vorzeigen an-
zuhalten und an uns einzufenden:

Nr.	1997	ausgestellt für	Martha Müller
"	36 113	"	Wally Lemke
"	37 785	"	Helene Heinrich
"	43 696	"	Margarete Schmidt
"	44 419	"	Ludwig Heyne
"	15 495	"	Karl Theis
"	45 539	"	Dora Schaller
"	47 714	"	Peter Klagen
"	47 855	"	Lina Schmidt
"	50 130	"	Anna Zeiger
"	52 953	"	Paul Eichler
"	53 964	"	Frida Krause
"	78 551	"	Georg Scheffel
"	91 526	"	Helene Liehmann
"	110 325	"	Liesbeth Rünzel
"	113 672	"	Elisab. Blauenstein
"	115 767	"	Matthias Smolaf
"	117 735	"	Wilhelm Kaiser

Der Verbandsvorstand.

Nehmt Euch der Lehrlinge an!

Offern naht heran, tausende junger Berufs-
angehörigen treten aus dem Lehrverhältnis heraus
und sind dann auf sich selbst gestellt. Da ist es Zeit,
sich ihrer ganz besonders anzunehmen, sie mit Be-
rufslehre und Arbeiter-solidarität zu erfüllen, ihnen
den Weg zu zeigen, auf dem sie nützliche Mitglieder
der Gesellschaft werden und in sich selbst die Kraft
finden, im Kampfe ums Dasein ihren Mann zu
stellen.

Soweit ist weder die amtliche noch unsere Be-
rufsstatistik geübt, um zuverlässige Zahlen über

die Zahl der Lehrlinge zu erlangen. Einen Anhalt
haben wir jedoch an der amtlichen Berufszählung
von 1907 und unserer Berufsstatistik von 1910. Nach
der amtlichen Berufszählung standen von den ins-
gesamt ermittelten 42 669 männlichen Arbeitern in
der Buchbinderei und Kartonnagenindustrie 472 im
Alter von unter 14 Jahren, 4583 im Alter von 14
bis 16 Jahren und 4762 im Alter von 16 bis 18 Jah-
ren. Hierin sind aber Lehrlinge und jugendliche Ar-
beiter einbezogen. Doch das ist für den vorliegenden
Fall nicht von so erheblicher Bedeutung, da sich un-
sere Fürsorge ebensowohl auf die jugendlichen Ar-
beiter als auch auf die Lehrlinge besonders im Alter
von 16 bis 18 Jahren erstrecken soll. Nach unserer
Berufsstatistik wurden bei 90 463 in der Buchbin-
derei, Kartonnagenfabriken, Galanterie- und Leder-
warenfabriken, Einzelfabriken, Kontobuchfabriken,
Luxuspapier- und Papierwarenfabriken und sonsti-
gen Betrieben Beschäftigten 4,3 Proz. = 3887 Lehr-
linge angegeben, eine Zahl, die wahrscheinlich viel
zu niedrig gegriffen ist. Soviel steht fest, daß die
Zahl der ausstehenden Lehrlinge nicht gering ist und
es sich sehr wohl der Mühe lohnt, sie unserem Ver-
bande einzugliedern.

Wir gehen dabei aber nicht ausschließlich von
dem Wachstumswachst unseres Verbandes aus, sondern
haben vielmehr dabei den Nutzen im Auge, den die
jungen Leute selbst durch den Anschluß an ihre
älteren Kollegen erlangen. Denn gerade die reifere
Arbeiterjugend bedarf mehr wie die jugendlichen
Angehörigen der anderen Bevölkerungsklassen des
Anschlusses an schützende und bildende Organisa-
tionen. Man braucht sich nur zu gewärtigen, wie der
Lebensgang des jungen Arbeiters in der Regel ver-
läuft, um dieser Ansicht beizupflichten.

Im Alter von 14 oder gar wie in Bayern von
13 Jahren verläßt der Knabe die Schule, um einen
Beruf zu erlernen. In dumpfen Wohnungen, in
denen sich zahlreiche Menschen zusammendrängen, ist
er aufgewachsen. Vielfach spielte sich auf der Straße
seine Jugendzeit ab. Denn unsere mächtig an-
schwellenden Großstädte haben die freie Natur immer
weiter zurückgedrängt und sind nicht genügend dar-
auf bedacht gewesen, rechtzeitig, d. h. als der städtische
Boden noch wenig bebaut und verhältnismäßig billig
zu erschaffen war, Spielplätze und Parks — die Lun-
gen der Städte — zu schaffen. Der Körper des
Jungen aus der Arbeiterfamilie ist daher nicht rund
und prall und mit robuster Gesundheit ausgestattet.
Statt des blühenden Motes bedeckt Klänge seine Wan-
gen und es würde ihm daher zuträglicher sein, wenn
er noch einige Jahre die goldenen Träume der Ju-
gend genieße, in Wald und Feld nach der Schulzeit
umherstreifen könnte, anstatt in Fabrik und Werk-
statt sich für seinen künftigen Beruf vorzubilden.
Aber nicht nur sein Körper hat unter den schlechten
städtischen Wohnungsverhältnissen, unter einer ge-
wissen Unterernährung oftmals zu leiden gehabt,
sondern auch sein Geist war dadurch nicht immer
aufnahmefähig für das, was ihm die Schule an
Kenntnissen vermitteln konnte.

Und dann erst die berufliche Ausbildung! Sie
ist äußerst verschieden, je nachdem der Knabe das
Glück hatte, eine gute Lehrstelle zu finden. Das ist
jedoch leider sehr oft nicht der Fall; oft kommt es
vor, daß der Lehrherr mehr auf seinen eigenen
Nutzen sieht, als auf die Ausbildung des Lehrlings.
Gewiß wird schließlich kein Lehrmeister für reinen
Gotteslohn einen Lehrling ausbilden und es läßt
sich unter den gegebenen Verhältnissen nichts dagegen

einwenden, wenn ihm ein entsprechender Nutzen aus
der Ausbildung seines Lehrlings erwächst, aber da-
neben hat er zweifellos die Verpflichtung, einen
brauchbaren Arbeiter aus dem Lehrling zu machen.
Das ist die Gegenleistung, die der Lehrling mit Zug
und Mecht von ihm zu beanspruchen hat. Zweifellos
können auf die Ausbildung der Lehrlinge auch un-
sere Kollegen einen heilsamen Einfluß ausüben,
wenn wir auch nicht verkennen wollen, daß bei dem
heutigen Mangel und der Sorge um die eigene Fa-
milie jeder mit seiner Zeit sparsam umgehen muß
und daher auch nicht allzuviel davon für die Lehr-
linge übrigbleibt. Es sei denn, daß ein Kollege spe-
ziell mit der Ausbildung von Lehrlingen betraut ist.
Zimmerlein erfordert es das einfache Menschlichkeits-
gefühl und ebensowohl die Rücksicht auf unsere Be-
rufsorganisation, daß deren künftige Mitglieder im
Bewußtsein ihres beruflichen Könnens später auch
mit vollem Mecht mindestens die tariflichen Löhne
fordern und hochhalten. Im allgemeinen ist auch in
unserer Kollegenchaft die Heberzeugung vorhanden,
daß man mit beruflich tüchtigen Kollegen viel leichter
wird die Arbeitsbedingungen so gestalten können, daß
sie einigermaßen den Ansprüchen genügen, die wir
an das Leben stellen müssen, als wenn zahlreiche
wirklich minderwertige Arbeiter uns wie ein Flei-
gewicht am Fuße hängen. Daraus mögen alle un-
sere Kollegen die richtige Schlussfolgerung ziehen und
durch freundliche Unterweisung unsere Lehrlinge
nach Möglichkeit zu tüchtigen Gesellen ausbilden.

Der heranwachsende Jüngling ist aber nicht bloß
Berufsgenosse, sondern auch Mensch, der mit der un-
geduldigen Sehnsucht der Jugend nach den Gaben
verlangt, die die Erde in so reicher Fülle bietet, aber
leider nicht gleichmäßig über alle Menschen verteilt
hat. Das Sehnen des Jünglings geht freilich auch
nicht immer nach dem, was wirklich und dauernd
von Wert ist, sondern streckt seine Hände daneben
nach Genüssen aus, die leicht auf Abwege führen
können. Ermahnungen und Lebensführung der
älteren Kollegen können hier gleichfalls manches
Heilsame bewirken und die wilden Schörlinge im
Heime erfrischen, die an dem jungen Lebensstamm
angeheftet haben.

Untrennbar mit dem gewerkschaftlichen Leben
verbunden ist das Streben nach Erkenntnis der ge-
sellschaftlichen und politischen Zusammenhänge, denn
die Gewerkschaften bewegen sich nicht im luftleeren
Raume, sondern sie sind durch tausend Fäden mit
der Umwelt verknüpft. So offenbar diese Tatsache
ist, so schwierig ist es, den jungen Leuten in verständ-
licher Weise diese Erkenntnisse beizubringen, ohne daß
sie zu frühreifen Altesbesserwissern sich entwickeln.
Notwendig ist es, die reifere Jugend mit den staats-
bürgerlichen Pflichten und Rechten vertraut zu
machen; verkehrt wäre es jedoch, ja geradezu ein
Verbrechen an der Jugend, wollte man sie zur Mit-
bestimmung über die schwierigsten politischen Pro-
bleme auffordern, weil dazu Lebenserfahrung und
ein Vertrautsein mit den einschlägigen Verhältnissen
Vorbereitung ist, die naturgemäß der Jugend ab-
gehen. Was unser Verbandstag 1913 in Stuttgart
als seine Ansicht geäußert hat, trifft auch heutzutage
noch zu: der Jugend Gelegenheit zu geben, ihrem
Erkenntnisvermögen angepaßte Vorträge über fach-
technische und gewerkschaftliche Zwecke und Ziele zu
hören, Museen zu besuchen, Ausflüge ins Freie zu
machen, und sie zur Teilnahme an gemeinsamen
Veranstaltungen für die Jugend zu veranlassen.
Manches, was sich in der Jugendbewegung abspielt

hat, mahnt uns zur Vorsicht, zur besonderen Beachtung der vorstehend flüchtig gezeichneten Regeln.

Nicht die vor uns liegende Zeit! Trete! an die Aussternenden heran und mach' sie auf die Nützlichkeit unseres Verbandes für ihre fernere Zukunft aufmerksam. Gelegenheiten dazu bieten sich genugsam in Haus und Werkstatt und schließlich auch durch Einwirkung auf verständige Eltern, Verwandte und Bekannte unserer zukünftigen Kollegen. Gedenet des Wortes:

Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft!

„Eine Generalkommission der Angestellten-Verbände.“

Wenn man die soziale Bewegung der fälschlich als „neuer Mittelstand“ bezeichneten kaufmännischen und technischen Angestellten in den letzten Jahren verfolgt, so ist nicht zu verkennen, daß sich immer mehr das Bestreben geltend macht, die zahlreichen teils gleichartigen Verbände zu größeren Gruppen zusammenzufassen. Diese Konzentrationsbestrebungen brachten auch gleichzeitig die gerade unter den Privatangestellten so dringlich nötige grundsätzliche Klärung ein gutes Stück vorwärts. Die lebhaften Auseinandersetzungen, die anlässlich der Schaffung einer staatlichen Pensionsversicherung stattfanden, zeigten bereits die beiden Hauptrichtungen, nach denen sich die Angestelltenbewegung in Zukunft gruppieren würde. Auf der einen Seite fanden sich der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, der Verband Deutscher Handlungsgehilfen Leipzig, der Verein für Handlungs-kommis von 1858 und ihre Gefolgschaft zusammen, die als „Harmonieverbände“ auf ihre guten Beziehungen zu den Prinzipalen mehr Wert legen als auf ihre Interessengemeinschaft mit der übrigen Arbeitnehmererschaft. Auf der anderen Seite standen der Bund der technisch-industriellen Beamten, der Zentralverband der Handlungsgehilfen mit den übrigen gewerkschaftlichen Angestelltenverbänden, die sich mit allem Nachdruck für eine einheitliche Invalidenversicherung aller Arbeiter und Angestellten einsetzten. Die reinliche Scheidung der Angestelltenbewegung, die damals vor sich ging, hat allmählich alle übrigen Verbände erfasst mit Ausnahme einiger wenigen schwankenden Gestalten, die auch heute noch nicht recht wissen, auf welcher Seite sie stehen.

Inzwischen hat der Krieg diese ganze Entwicklung beschleunigt und das Bedürfnis eines festeren Zusammenschlusses der nicht gewerkschaftlichen Verbände wird bereits in programmatischen Aufträgen vom Verwaltungsvorstand des Obervereins, Herrn Dr. Köhler, in mehreren Angestelltenzeitungen verkündet. Die Handlungsgehilfen, Postbeamten, Techniker usw. sollen ihre Verbände „zu einer möglichst einheitlichen Standespolitik in mittelständischer Richtung“ vereinen. Der äußeren Form nach soll ungefähr nach dem Muster der Generalkommission ein Kartell der Angestelltenverbände geschaffen werden; dem Programm nach wird es abgesehen, die Angestellten als einen Teil der Arbeitnehmererschaft anzusehen. Es wird zwar nicht ernsthaft bestritten, daß auch die Angestellten wirtschaftliche Arbeitnehmerinteressen haben, aber ausschlaggebend sind „die gesellschaftspolitischen Forderungen“, in denen die Angestellten ihre besondere Wurst haben müssen.

„Es darf nie vergessen werden,“ so wird im „Handelsstand“ ausgeführt.

„daß auch heute noch jedem tüchtigen Privatbeamten — wenn auch für viele nur in einem begrenzten Umfange — ein Aufstieg in wirtschaftlicher Beziehung möglich ist. Er kann zum mindesten dem Kapitalisten so nahekommen, daß er sich ihn auch gesellschaftlich durchaus gleichstehend empfindet. Das ist wohl beim Arbeiter überhaupt ausgeschlossen.“

Das Bestreben, die Privatangestellten losgelöst von der Arbeitererschaft als einen besonderen „Mittelstand“ zu sammeln, hat auch seine politischen Gesinnungen. Nach Auffassung der „Mittelständischen“ werden die Privatangestellten durch das Reichstagswahlrecht „entrechtet“, da ihre Zahl in den einzelnen Wahlkreisen nicht ausreicht.

„um einen Ständevertreter in die politische Vertretung zu entsenden.“

In welcher Weise hier Reformen des Wahlrechts wünschenswert wären, wird einstweilen nicht klar gesagt; jedenfalls versprechen sich die Vertreter der besondern Standespolitik von dem geplanten Zusammenschluß einen so großen Einfluß auf die Gesetzgebung, daß damit die ungenügende politische Vertretung ausgeglichen werden könnte.

Vom Standpunkt der Gewerkschaften ist nichts dagegen einzuwenden, wenn sich die Harmonieverbände nach dem Kriege zu einem Block vereinen gegenüber der Gruppe der gewerkschaftlichen Angestelltenverbände, die in der „Arbeitsgemeinschaft für

das einheitliche Angestelltenrecht“ untereinander ebenfalls bereits in näherer Fühlung stehen. So wenig man also gegen den geplanten Zusammenschluß an sich einwenden soll, so bezeichnend ist das anti-gewerkschaftliche Bemühen, mit dem die künftige „Generalkommission“ der mittelständischen Angestelltenverbände ihr Programm begründet. Da heißt es u. a.:

„Diejenigen irren, die da glauben, daß die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Stande nur auf dem Wege „gewerkschaftlicher“ Organisation erreicht werden kann. . . .

Ziehen wir aber den Privatbeamtenstand zu der reinen Arbeitnehmererschaft und damit zur Arbeiterchaft schlechthin herab, so verschwinden wir als der kleinere Teil doch in der großen Masse der Arbeiter.“

Es ist gut, daß der Standesbündel innerhalb der großen kaufmännischen Verbände jetzt so deutlich ausgesprochen wird, denn damit wird den gewerkschaftlichen Organisationen der kaufmännischen, technischen und Bureauangestellten die Agitation wesentlich erleichtert. Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden bei den Privatangestellten gerade nach dem Kriege die Erkenntnis reifen lassen, daß sie sich nicht nach gesellschaftlichen Feindschaften, sondern nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten koalieren müssen. Angesichts der gestellten Parole: „Die mittelständische — die Arbeitnehmerpolitik“, werden sich die denkenden Angestellten nur für eine von gewerkschaftlichen Grundgedanken geleitete Arbeitnehmerpolitik entscheiden können.

S. A.

Für unsere Krieger und ihre Angehörigen.

Die Gemeindebesteuerung der Kriegsteilnehmer.

ssc. Es ist für unsere Rechtszustände bezeichnend, daß über eine so wichtige Frage wie die der Gemeindebesteuerungspflicht der Kriegsteilnehmer die Ansichten bis vor kurzem noch weit auseinandergehen konnten und erst nach annähernd unterhalbjähriger Dauer des Krieges das preussische Oberverwaltungsgericht ein Urteil fällte, das die Angelegenheit einigermaßen klärt. Und zwar, wie schon vorweg angedeutet sein soll: zuungunsten der Kriegsteilnehmer.

Man war seither der Meinung, daß die Grundzüge des Staatssteuerrechts auf dem Gebiete der Gemeindebesteuerung überall da Anwendung finden, wo das Gemeindeabgaberecht nicht abweichende Vorschriften enthält. Nun sagt § 70, Nr. 1 des preussischen Staatseinkommensteuer-Gesetzes, daß die veranlagte Steuer nicht erhoben werden darf bei Kriegsteilnehmern („Unteroffizieren und Mannschaften des Wehrtaubienstandes“), wenn sie mit einem Einkommen von nicht mehr als 3000 Mk. veranlagt sind. Die Befreiung gilt für diejenigen Monate, in denen sie sich im aktiven Dienst befinden, hört also mit dem Schlusse des der Entlassung vorausgegangenen Monats auf. Aber schon hier ist durch frühere Entscheidungen festgestellt worden, daß diese Befreiung keinen Einfluß auf die Gemeindebesteuerungspflicht ausübt. Es bleibt der Entscheidung der einzelnen Gemeinden überlassen, ob und wie weit sie in solchen Fällen auch von der Erhebung der Gemeindesteuer Abstand nehmen wollen. Tatsächlich gibt es noch viele Gemeinden, die die Kriegsteilnehmer, auch sofern sie weniger als 3000 Mk. Einkommen haben, von der Gemeindesteuer grundsätzlich nicht freihalten. In diesen rüchständigen Gemeinden brachte nur der § 63 des preussischen Staatseinkommensteuer-Gesetzes den Kriegsteilnehmern eine Erleichterung. Wird nachgewiesen, so bestimmt dieser, daß während des laufenden Steuerjahres infolge des Wegfalles einer Einnahmequelle oder infolge außergewöhnlicher Unglücksfälle das Einkommen eines Steuerpflichtigen um mehr als den fünften Teil vermindert worden ist, so kann vom Beginne des auf den Eintritt der Einkommensverminderung folgenden Monats ab eine dem verbleibenden Einkommen entsprechende Ermäßigung der Einkommensteuer beansprucht werden. Da die Veranlagung zur Staatseinkommensteuer ohne weiteres auch für die Gemeindeeinkommensteuer gilt, so zieht ausnahmslos eine Ermäßigung der ersteren auch eine entsprechende Herabsetzung der letzteren nach sich. Bei der größten Zahl der Kriegsteilnehmer ist der Arbeitsverdienst die einzige oder wenigstens fast ausschließliche Einkommensquelle; fällt diese weg, so ist auch kein steuerpflichtiges Einkommen mehr vorhanden. Die Unterkütungen an die Angehörigen der Kriegsteilnehmer, Krankengelder und ähnliches sind steuerfrei.

Streitig war bis in die neueste Zeit hinein, ob das Einkommen der Einkerkerenen aus militärdienstlicher Stellung der Gemeindebesteuerungspflicht unterliegt. So erhielt zum Beispiel ein Eingezogener als Lazarettverwalter ein Gehalt, mit dem er zur Gemeindesteuer mit herangezogen war. Das preussische Oberverwaltungsgericht hat das soeben für angängig erklärt. Es gibt, so

heißt es in der Entscheidung, weder eine Bestimmung in dem Sinne, daß die gezielte Befreiung von der Staatseinkommensteuer die entsprechende Befreiung von der Gemeindeeinkommensteuer zur Folge hat, noch ist an irgendeiner Stelle angedeutet, daß die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes bei dem Fehlen abweichender Vorschriften im Gemeindeabgaberecht dort gelten sollen. Die Bestimmung in § 36, Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes bezieht sich nur auf die Veranlagungsgrundlagen, welche die Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens, die Steuerstufen und die Steuerhöhe betreffen, nicht aber auf die Gemeindebesteuerungspflicht als solche, die allein das Kommunalabgabengesetz regelt. Nach diesen und den einschlägigen Bestimmungen sind nur die Militärpersonen des Friedensstandes, also des aktiven Dienststandes steuerfrei.

Diese Entscheidung steht zwar im Widerspruch mit einem gleichzeitigen Erlaß des preussischen Ministers des Innern und der Finanzen vom 28. April 1915, aber das Oberverwaltungsgericht ist eine höhere Stelle und seine Entscheidung ist maßgebend. Seine Auffassung führt dahin, daß das Militär-einkommen überhaupt, mitbin die ganze Kriegsbesoldung, der Gemeindeeinkommensteuer unterliegt. Immer nur natürlich, soweit es sich um Angehörige des Wehrtaubienstandes handelt. Nach Lage der Sache werden hiervon hauptsächlich die Unteroffiziere und sonstigen Beamten der Militärverwaltung getroffen, die ein höheres Militärdienst-einkommen haben. Nicht die „Gemeinen“ mit ihrer Löhnung.

Aus unserem Beruf.

Die **Lahrer Kartonnagenindustrie** während der Kriegszeit. Die „Kartonnagen-Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Nr. 8 einen Bericht über die Geschäftslage der Lahrer Kartonnagenindustrie, welcher auch für unsere Leser einiges Interesse haben dürfte. Dort heißt es:

„Es bestehen in Lahr zurzeit 20 Betriebe dieser Branche, die in Friedenszeiten rund 700 Arbeiter und außerdem noch etwa 500 Heimarbeiterinnen beschäftigen. Fabriziert werden hauptsächlich Kartonnagen für Apotheken, Parfümerien, Konditoreien, Juweliere und Uhrmacher sowie Zigarettenpackungen. Auch die Zemisfabrikation ist in den letzten Jahrzehnten zu einer nicht geringen Bedeutung gelangt. Der Export der Lahrer Kartonnagenzeugnisse ist ein ganz bedeutender und erstreckt sich auf alle zivilisierten Länder der Erde.“

Der Krieg hatte daher auch die Lahrer Industrie anfangs schwer getroffen; in der ersten Zeit mußten die meisten Betriebe geschlossen werden, und nur ganz allmählich haben sich die Geschäfte wieder entwickelt. Das Geschäft war aber schon im letzten Spätjahre wieder so flott, daß mehrere Monate über Zeit gearbeitet werden mußte und sich die Notwendigkeit, die Fabrikation mehr der Kriegslage anzupassen, für Lahr nicht oder nur in geringem Maße herausstellte.

Der Mangel an Facharbeitern machte sich immer mehr fühlbar. Der Feuerungsanfall wurde von unserer Kundenschaft fast ausnahmslos glatt bewilligt. Daß ein solcher durchführbar war, haben wir nur dem Zusammenschluß der Betriebe im Verband zu danken.“

Unfere Lahrer Kollegenchaft aus der Glanz- und Kartonnagenbranche hatte befanntlich im Jahre 1913/14 einen 17wöchigen Streik um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu führen, der leider erfolglos, abgebrochen werden mußte. Während dieser beredigte Kampf einer äußerst gedrückten Arbeitererschaft um bessere Arbeitsbedingungen an der Unmöglichkeit der Arbeiter scheiterte, war es den Fabrikanten infolge ihrer geschlossenen Organisation möglich, jezt während der Kriegszeit einen Feuerungsanfall bei ihrer Kundenschaft glatt durchzuführen. Von einer Feuerungsanfallslage an die äußerst gering entlohnten Arbeiter ist keine Rede. Dem beflagten Mangel an Facharbeitern wäre jedenfalls leicht abzuhelfen, da in anderen Bezirken (wie im Sächsischen Erzgebirge, in Eisenberg, Pörgheim und auch in Nürnberg, wo nach der „Kartonnagen-Zeitung“ Nr. 5 die Firmen nur halbe Tage arbeiten) arbeitslose Facharbeiter vorhanden sind, von denen inzwischen allerdings viele in anderen Bezirken lohnendere Beschäftigung gefunden haben, denen jedoch andere Löhne wie die in Lahr üblichen geboten werden müßten. Aber daran hapert es in Lahr. Die dortigen Fabrikanten haben von jeher alles angewendet, um die Organisierung der Arbeiterchaft zu verhindern, weil sie genau wußten, daß nur durch die Unmöglichkeit der Arbeiter die niederen Löhne zu halten sind, während eine einige und in ihrer Wehrgahl organisierte Arbeiterchaft auch dort schon längst bessere Lohnverhältnisse geschaffen haben würde.

Die Fabrikanten setzen alles daran, um in geschlossenen Organisationen die kommende Wirtschaftsepöche zu ihren Gunsten auszunutzen. Wächten doch die Arbeiter, und in besonderen auch unsere Lahrer Kollegen und Kolleginnen sich daran ein Beispiel nehmen und auch ihrerseits endlich den Weg zu ihrer Berufsorganisation finden.

Das tote Heer.

Als die Trompete geblasen,
die Trompete zum Ausbruch geblasen,
zum Ausbruch in den Streit:
da zogen sie stark und stolz einher —
nun stehen so viele, so viele nicht mehr.
Sie liegen unter dem Rasen,
sie schlafen auf grüner Heide.

Der Tod hat Scharen geworben,
hat ein großes Heer geworben,
geworben mit Stahl und Blei.
Sie sind um uns her so Tag als Nacht,
sie schreiten mit uns durch Stille und Schlacht,
sie alle, die für uns gestorben,
und Bruder, du bist auch dabei!

Und ob wir weiter gezogen,
immer weiter nach Westen gezogen
nach Westen bis ans Meer:
doch immer im gleichen Schritt und Tritt
marschieren die toten Heere mit.
Sie wollen nicht von uns lassen,
Sie müssen bei uns sein.

Karl Bröger (in der „Fränk. Tagesp.“).

Korrespondenzen.

Frankfurt a. O. Lang, lang ist es her!, seitdem unsere Zahlstelle ein Lebenszeichen von sich gegeben hat. Am Sonntag, den 20. Februar, fand eine Versammlung statt und weihte der Gauvorsitzende Kollege Hugo Lemmer-Berlin in unseren geliebten Mauern. Am Sonntag vorher hatte er einen persönlichen Streit zwischen zwei Mitgliedern zu schlichten, welcher zur Folge hatte, daß der bisherige Kassierer sein Amt niederlegte und aus dem Verbandsaustrat. Bemerkenswert sei hier, daß es sich um die Kontrolle eines Mitgliedsbuches handelte. Vom Redner wurde betont, wenn auch durch die Amtsniederlegung eine Gefahr für die Auflösung der Zahlstelle nicht bestehe, so sei es doch notwendig, daß ein anderer Kollege mit diesen Arbeiten beauftragt würde. Die Arbeit sei keine allzu große, da ein Teil der Mitglieder gegenwärtig im Felde stehe. Ein festes Zusammenhalten der zurückgebliebenen Kollegen sei notwendig. Der Kollege Lemmer schloß seine Ausführungen mit einem beglückwünschenden Appell an die Anwesenden. Dieran schlossen sich die Wahlen eines Bevollmächtigten und eines Kassierers. Gewählt wurden die Kollegen J. Fischer und W. Braun. Eine Auslandsdelegation über Verbandsangelegenheiten sowie Kriegesbeschäftigtenfürsorge bildeten den Schluß. Am wieder das Verbandsleben reger zu gestalten, soll allmonatlich eine Zusammenkunft stattfinden.

Stuttgart. Am 14. Februar fand unsere Jahresgeneralversammlung statt, die verhältnismäßig gut besucht war. Der Vorsitzende Drehschmid verlas zunächst die Liste der der schweren Zeit entsprechend zahlreicheren Toten. Die Versammlung ehrte dieselben in üblicher Weise. Aus dem auch im Druck vorliegenden Geschäftsbericht teilte er mit, daß der Mitgliederverlust zu Besorgnissen keinen Anlaß bietet. Am Jahresabschluss hatten wir 422 männliche und 418 weibliche Mitglieder, zusammen 840 Mitglieder. Im Felde stehen 388 Mitglieder, davon gefallen 18, hier gestorben 4. Bei den Kolleginnen war der Rückgang verursacht durch Fernrührarbeiten, Aussetzen oder Entlassung. Auch Kollegen, zum Teil alte Mitglieder, wurden uns untreu. Es wurden einige Fälle angeführt, wobei die Not nicht die Triebfeder war. — Die städtische Arbeitslosenunterstützung wurde auf Drängen der Gewerkschaften bedeutend erweitert. Einige Firmen, die Entlassungen vornahmen, weigerten sich, den Betroffenen ihren Bezugschein auszufüllen, auf Grund dessen sie, wenn wegen Mangel an Arbeit entlassen, diese Unterstützung beziehen konnten. Darunter Firmen, die sonst immer den Wohlthäter markieren! Bedauerlich sei es, daß so wenig Klagen in Tariffragen eingingen, trotzdem in einigen Geschäften Tarifverträge festgesetzt wurden. Blickt der Mitglieder ist es, solche Verträge zu melden, damit die Ortsverwaltung Schritte dagegen tun kann. Bezüglich der Teuerungszulage hat die Ortsverwaltung viel Mühe aufgewendet, trotzdem war das Ergebnis gering. Bei bevorstehendem Tarifabschluss muß alles getan werden, um nennenswerten Erfolg zu erzielen. Unsere Weihnachtsbescherung hat alle Beteiligten, insbesondere die Kollegen im Felde, sehr erfreut. Es wurden, je nach Kinderzahl, 3—12 Mk. an Familien ausbezahlt. Die Familienunterstützung wurde weiter fleißig in Anspruch genommen. Ebenso wurde jedem im Felde stehenden Kollegen eine Liebesgabe zugesandt, so daß die Lokalkasse bis jetzt für diese Zwecke über 5000 Mk. ausgegeben hat. Für Abhalten von Versammlungen war wenig Bedürfnis vorhanden; der Besuch der vier stattgefundenen Versammlungen war im Durchschnitt gut. So hat die

Zahlstelle auch das Jahr 1915 ungebrochen überstanden. Alle Mitglieder werden dringend aufgefordert, in der Agitation, die uns noch 119 neue Kollegen brachte, nicht nachzulassen. Der Kollege Semminger erstattete dann den Jahresbericht, der bewies, daß die Massenlage der Zahlstelle gut ist. Der Lokalkassenbestand ist 22.438,15 Mk. Die Neuwahlen brachten uns zu den bisherigen Mitgliedern der Ortsverwaltung, den Kollegen Drehschmid, Benzing und Luffter, noch die Kollegen Geseff, Göhning und Wände. In den übrigen Ämtern wurden die bisherigen Inhaber wiedergewählt. Punkt 3 der Tagesordnung, Anträge der Ortsverwaltung auf teilweise Wiedereinführung der lokalen Unterstützungen, erläuterte der Kollege Semminger. Nach lebhafter Debatte, in welcher noch weitergehende Anträge der Mitglieder erörtert wurden, fand der Antrag der Ortsverwaltung allseitig Annahme. Unter „Verschiedenes“ besprach der Kollege Vogula, wohl angeregt durch Ausführungen in der letzten „Buchbinder-Zeitung“, abfällig das Verhalten des Redakteurs der „Buchbinder-Zeitung“ in politischer Beziehung. Der Vorsitzende erklärte darauf, daß die Ortsverwaltung keine Ursache habe, gegen die Tätigkeit des Redakteurs einzuschreiten, schon deswegen, weil er nicht anwesend sei, um Rede stehen zu können. Mit einem Appell an alle Kollegen, einig zu sein und zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Internationales.

Oesterreich. Die „Gewerkschaft“, das Organ der österreichischen Gewerkschaftskommission, schreibt folgendes über die Vereine (Verbände) der Buchbinder und Kartonnagenarbeiter:

„Verein der Buchbinder etc. Nach den vorliegenden Abrechnungen hat diese Organisation eine zwar nicht große, aber immerhin erfreuliche Kräftigung des Mitgliederstandes zu verzeichnen. Die Zahl der männlichen Mitglieder hat zwar um zirka 130 abgenommen; zieht man jedoch in Betracht, daß zu den schon im Jahre 1914 600 Eingekerkerten im Berichtsjahre noch zirka 250 hinzukamen, so ergibt sich eine Steigerung um zirka 120. Größter ist diese noch bei den weiblichen Mitgliedern, deren Zahl gegenüber dem Vorjahre um zirka 150 zugenommen hat. Der effektive Mitgliederstand beträgt am Jahreschluss etwas über 3100, was gegenüber dem Vorjahre nur um zirka 20 mehr beträgt, immerhin aber doch angesichts der Umstände als zufriedenstellend zu vermerken ist.

Die Finanzgebarung ist gleichfalls als befriedigend zu bezeichnen, was hauptsächlich auf die auffällig niedrige Arbeitslosigkeit, die während des ganzen Jahres zu verzeichnen war, zurückzuführen ist. Die Ursache hierfür ist weniger in einem Uebermaß an vorhandener Arbeit, vielmehr jedoch in dem überaus großen Abfall von Arbeitskräften zu suchen. Bei den Arbeitern erklärt sich dieser naturgemäß aus den vielen Einberufungen zum Kriegsdienst, bei den Arbeiterinnen aus dem Übergang zu den höheren Verdiensten bietenden Kriegsindustrien. In welchem Ausmaß diese Reduzierung des Mitgliederstandes vor sich ging, ist daraus zu erkennen, daß die Zahl der männlichen Mitglieder aus dem Buchbinderstand bei der Wiener Genossenschaftskassensammlung vom 31. Dezember 1913 bis 30. Juni 1915 von 1510 auf 670, somit um 840 und die der weiblichen Mitglieder im gleichen Zeitraum von 1666 auf 991, somit um 675 sank. Insgesamt ist somit die Zahl der Mitglieder der Kasse von 3176 auf 1661, das ist um fast die Hälfte gesunken.

Der fast das ganze Jahr anhaltende Mangel an Arbeitskräften hat unter anderem auch eine beträchtliche Erhöhung des Lohnniveaus mit sich gebracht, was sich naturgemäß nicht nur in höheren Löhnen an die neu Eintretenden äußerte, sondern auch sehr günstig auf die Löhne der schon länger Beschäftigten einwirkte und bei denen es in sehr vielen Fällen in Form von allgemein gewährten Teuerungszulagen zum Ausdruck kam. In Wien wird diese Erscheinung jedenfalls bei der in diesem Jahre zur Durchführung kommenden allgemeinen Lohnbewegung eine günstige Wirkung ausüben.

Die Entlastung der Vereinskasse in bezug auf die Arbeitslosenunterstützung ermöglichte es der Vereinsleitung, die mit Kriegsbeginn erfolgte Einschränkung der Unterstützungsstätigkeit bereits mit 1. Februar wieder teilweise außer Kraft zu setzen. Bezüglich der Arbeitslosenunterstützung ist dies bis auf weiteres mit Rücksicht auf die großen Lasten, welche der Verein auf diesem Gebiet nach Kriegsende voraussichtlich zu tragen haben wird, nicht geschehen; doch wird den Arbeitslosen ein voller Ersatz durch Teuerungszuschüsse, die aus lokalen Mitteln gewährt werden, geboten.

Als besonders erfreulich ist die im Berichtsjahre erfolgte Wiederaufnahme der Vereinstätigkeit in der größten Provinzortgruppe, in Lemberg, zu nennen, die unmittelbar nach der Vertreibung der Russen erfolgte. Hingegen sind einige kleinere Zahlstellen in Böhmen wegen der Einberufung fast sämtlicher Mitglieder zum Kriegsdienst eingegangen.

„Verein der Kartonnagenarbeiter. In diesem Beruf, der zum großen Teil ein Luxusberuf ist, hat der Krieg große Lücken gerissen. Nur in einigen Betrieben, welche von der Militärverwaltung Aufträge erhalten hatten, war eine geringe Anzahl von Arbeitern beschäftigt. Ein Großteil der männlichen Arbeiter ist im Felde, die weiblichen haben zumeist bei anderen Branchen Beschäftigung gefunden.

Die Gesamteinnahmen der Organisation haben im Berichtsjahre 1397,33 Kronen (1914: 3715,67) betragen, die Gesamtausgaben 1792,91 Kronen (3243,20). An Arbeitslosenunterstützung wurden 125,97 Kronen ausgezahlt, inbegriffen außergewöhnliche Unterstützung.

Amerika. Hutmachertag. „The International Bookbinder“, das Organ des amerikanischen Buchbinderverbandes, forderte die Mitglieder auf, wie alle Mitglieder der übrigen amerikanischen Gewerkschaften, die dem Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, einen Stundenlohn am 27. Januar — dem Hutmachertage — für die zu hohen Geldstrafen wegen Boykott der Loewe-Hut-Compagnie verurteilten Hutmacher zu opfern und durch die Vorsitzenden der Ortsgruppen an den Kassierer des Gewerkschaftsbundes abzuliefern.

Rundschau.

Wochenschau. Ministerreden in Petersburg und London erschütterten die Luft. Sazonow besah die edle Dreifaltigkeit, Russland — ausgerechnet Russland! — als das unschuldige Opferlamme deutscher Kriegs- und Eroberungssucht hinzujstellen und Krieg bis zum endgültigen Siege Russlands zu proklamieren. Von russischen Diplomaten ist man ja nun derartiges gewöhnt, auffälliger war dagegen die bestimmte, jeden Zweifel ausschließende Erklärung Asquiths im englischen Parlament, daß das unverrückbare Kriegsziel Englands sei: die Befreiung Belgiens, Serbiens und die völlige Vernichtung der deutschen Militärmacht.

Die militärische Lage des Vierverbandes entspricht allerdings wenig solchen stolzen Worten. In den Fortgürtel von Verdun ist durch Einnahme der Panzerfeste Douaumont eine gewaltige Bresche gelegt worden, in der Woivre-Ebene mußte die französische Front zurückweichen und 15.000 Gefangene wurden in diesem Abschnitt des Kriegsschauplatzes in der verflochtenen Woche gemacht. Die Franzosen konnten als Gegenzug nur einen Pflegerangriff auf Metz ausführen, während ihre fünfmaligen Versuche, Douaumont zurückzugewinnen, scheiterten.

An der Ostfront und an der italienisch-österreichischen Grenze ist wichtiges nicht vorgekommen.

Dagegen schreitet der österreichische Angriff in Albanien unaufhaltsam fort. Durazzo unterlag ihrem Ansturm, trotz des Eingreifens der italienischen Flotte in den Kampf.

Verständigerweise sollten die Regierungen der feindlichen Staaten dieser für sie ungünstigen Sachlage Rechnung tragen und sich einem annehmbaren Frieden nicht durch hochtrabende Reden entgegenstellen.

Der Breslauer Oberbürgermeister über die Sozialdemokratie. Bei der Einführung des zum unbesoldeten Stadtrat von Breslau gewählten sozialdemokratischen Redakteurs, unseres Kollegen Neutrich, hielt, wie der „Vorwärts“ mitteilt, der Oberbürgermeister Matting folgende Rede: „Sehr geehrter Herr Kollege! Ihre Wahl und Ihr Eintritt in den Magistrat wird von Ihrer Partei und Ihrer Fraktion als ein besonderes politisches Ereignis betrachtet. Ich verstehe das vollumfänglich. Dennoch will ich keine politische Rede halten, weil wir in diesem Saale der Politik nach Möglichkeit aus dem Wege gehen sollen. Aber ich will nicht unausgesprochen lassen, daß ich Ihrer Fraktion die Begünstigung darüber nachempfinden kann, daß der Wunsch nach Ihrer Wahl von dieser Versammlung so einmütig erfüllt wurde. Auch der Magistrat tritt der wohlverdienten Anerkennung Ihrer Fraktion bei. Er stimmt zu, daß sich Ihre Fraktion bisher wohl bewährt hat, vor allem aber in der schweren Zeit, die wir durchmachen. Die Erfahrungen, die man allgemein mit den Herren der sozialdemokratischen Partei in der kommunalen Arbeit gemacht hat, waren ausgezeichnet. Die Mitarbeit von Herren, die sozial einblick haben in die verschiedenen Schichten der Bevölkerung, wie selten jemand, und die in ihren Organisationen eine so außerordentliche Schulung für das öffentliche Leben genießen, und die so wahrheitsgemäß empfinden, es wäre selbstsam, wenn sie sich nicht bewährten. . . .“

